

# Bauzener Nachrichten.



Verordnungsblatt der Kreishauptmannschaft Bauzen als Konsistorialbehörde der Oberlausitz.

Amtsblatt

der Amtshauptmannschaften Bauzen und Löbau, des Landgerichts Bauzen und der Amtsgerichte Bauzen, Schirgiswalde, Herrnhut und Bernstadt, des Hauptzollamts Bauzen, ingleichen der Stadträte zu Bauzen und Bernstadt, sowie der Stadtgemeinderäte zu Schirgiswalde und Weissenberg.

Organ der Handels- und Gewerbekammer zu Zittau.

**Erscheinungsweise:** Täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
**Schriftleitung und Geschäftsstelle:** Bauzen, Innere Lauenstraße 4.  
Fernsprecher: Nr. 51. — Drahtnachricht: Amtsblatt, Bauzen

**Bezugspreis:** Monatlich 1 Mark.  
**Einzelpreis:** 10 Pfennige.

**Anzeigenpreis:** Die 6spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, in geeigneten Fällen Ermäßigung. Schwärzlicher Satz entsprechend teurer.  
**Reklamen:** Die 3spaltige Petitzeile 50 Pfennige.

Nr. 12.

Montag, den 17. Januar 1910, abends.

129. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

\* In Berlin fand am Sonntag die Hundertjahrfeier des preussischen Krönungs- und Ordensfestes statt. Die Zahl der verliehenen Orden beträgt 4012.

\* Der konstituierende Parteitag der neuen deutschen Freisinnigen Volkspartei findet am 6. März in Berlin statt.

\* Prinz Philipp von Koburg hat auf Geltendmachung seiner Ansprüche gegen die Prinzessin Luise verzichtet.

\* Die Parlamentswahlen in England haben bisher für die Opposition, die Unionisten, guten Erfolg gebracht; sie gewannen 18 Sitze neu, die Liberalen nur 3.

\* Prinz Georg von Serbien hatte einen heftigen Zusammenstoß mit dem Belgrader Stadtpräsidenten Mlimpitsch. Die Regierung verlangt vom Könige die Verbannung des Prinzen aus Serbien für längere Zeit.

\* Wetterausblick für Dienstag: Stürmisch, mild, Regen und Schnee.

\* Ausführliches siehe an anderer Stelle.

## Die Entwicklung der Schutzgebiete in Afrika und der Südsee.

Dem Reichstage ist vom Reichskolonialamt eine Denkschrift über die Entwicklung der Schutzgebiete in Afrika und der Südsee im Jahre 1908/09 zugegangen. Wie aus der Denkschrift hervorgeht, hat die Befriedung unserer Schutzgebiete auch in dem Zeitraum 1908/09 merkliche Fortschritte gemacht. Sie äußerte sich bei der farbigen Bevölkerung unserer afrikanischen Besitzungen in einem erfreulichen Rückgang kriegerischer Unternehmungen und in der stetig zunehmenden Anspannung ihrer Arbeitskräfte für die wirtschaftliche Entwicklung. Daß Arbeitsunlust und einseitige Auffassung eingegangener Verpflichtungen hier und da polizeiliche Maßnahmen und Bestrafungen notwendig machten, liegt in der Natur des farbigen begründet. Immerhin scheint es, als ob die Eingeborenen unserer afrikanischen Schutzgebiete dem Segen der friedlichen Arbeit allmählich größeres Verständnis entgegenbringen.

Von allgemeiner Bedeutung für sämtliche dem Reichskolonialamt unterstellten Schutzgebiete ist die Kaiserliche Verordnung vom 3. Juni 1908, betreffend die Einrichtung der Verwaltung und die Eingeborenenrechtspflege. Durch die Verordnung ist nunmehr der Reichskanzler (Reichskolonialamt) allgemein ermächtigt worden, Vorschriften und Anordnungen über die Verwaltungsorganisation der Schutzgebiete zu erlassen und die Verantwortlichkeit über die Eingeborenen zu regeln. Die Ermächtigung erstreckt sich auch auf das materielle Recht (Zivil- und Strafrecht) der Eingeborenen und auf das sogenannte gemischte Recht, d. h. auf die rechtlichen Beziehungen der Eingeborenen zu den Nichtingeborenen. Wie es weiter in der Verordnung bestimmt ist, können die erwähnten Befugnisse mit Ermächtigung oder Zustimmung des Reichskanzlers auch durch die Gouverneure ausgeübt werden.

Das Schul- und Missionswesen erfreute sich im Berichtsjahre einer besonderen günstigen Entwicklung, namentlich auch in Ostafrika, wo die Ausbreitungstendenz des Mohammedanismus die Pflege des christlichen Missions- und Schulwesens zu einer besonderen Aufgabe der Verwaltung macht. Mit Recht wird in den Schutzgebieten immer mehr Gewicht auf eine praktische Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit, insbesondere zu handwerklichen und landwirtschaftlichen Arbeit gelegt, und die Erzielung einer nicht auf praktische Kenntnisse gerichteten Halb- oder Halbbildung als nicht erstrebenswert, ja als bedenklich erkannt. Im Zusammenhange damit treten dann aber weitere Bildungsprobleme auf, besonders die Schaffung von Einrichtungen für die Fortbildung solcher aus der großen Masse hervorragender Eingeborener, bei denen erwartet werden kann, daß ihre Bildung nicht in schädlicher Halbheit verbleibt.

Die Gesundheitsverhältnisse der Europäer dürfen in allen Schutzgebieten als befriedigend bezeichnet werden. Unter den Krankheiten der Eingeborenen ist besonders die Schlafkrankheit zu nennen, deren Bekämpfung immer noch erhebliche Schwierigkeiten verursacht.

Was die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schutzgebiete anlangt, so war für deren Entwicklung die Erhaltung des Friedens günstig. Allerdings machte sich die

allgemeine Geschäftslage auf dem Weltmarkte im Berichtsjahre in den auf die Ausfuhr angewiesenen Schutzgebieten noch ungünstig fühlbar. Nach Schluß des Berichtsjahres hat sich übrigens die Konjunktur für die Ausfuhrprodukte unserer Kolonien schon wesentlich verbessert. Das Gebiet, auf welchem die Verwaltung eine besonders intensive produktionspolitische Tätigkeit entfaltet, ist der Bergbau. Die Ausfuhrstatistik zeigt hier vor allem eine bedeutende Zunahme der Kupferausfuhr, sodann außer für Blei zum ersten Male auch für Diamantenausfuhr, die sich im laufenden Jahre bereits außerordentlich gesteigert hat. Auch für Kupfer und einige andere Mineralien ist eine Steigerung der Ausfuhr zu erwarten.

Die günstige Entwicklung der Finanzlage der Schutzgebiete hält an. Die eigenen Einnahmen zeigen im Rechnungsjahre 1907 mit insgesamt 21 703 000 M gegenüber 1906 mit 16 524 000 M eine Zunahme von mehr als 30 Prozent und werden, soweit die Etats- und vorläufigen Rechnungsergebnisse dies erkennen lassen, nach einem vorübergehenden Rückgang im Rechnungsjahre 1908 in den Jahren 1909 und 1910 voraussichtlich eine weitere Steigerung um nahezu 50 Prozent aufweisen. Die bedeutende Steigerung für 1909 und 1910 ist vornehmlich begründet aus den Einnahmen, die dem Landesfiskus von Südwestafrika aus der Ausbeutung der Diamantfelder dieses Schutzgebietes zufließen. Bemerkenswert ist im Berichtsjahre die Einwirkung der Eisenbahnen auf die Steigerung der Steuereinnahmen in den von den Eisenbahnen erreichten Gebieten gewesen.

## Politische Nachrichten.

### Deutsches Reich.

**Zur Frage der Schiffsabgaben.** Die „Dresdner Nachrichten“ kommen in ihrer gestrigen Sonntagsnummer in einer Besprechung der Staatsdebatten der Ersten Kammer nochmals auf die bekannte Rede des Geh. Staatsr. Wagh und die Erklärungen des Ministers Grafen Bixthum in der Frage der Schiffsabgaben zurück und entnehmen daraus, daß sich Sachsen, Baden und Hessen, sowie diejenigen Bundesstaaten, die ihnen noch beitreten werden, nur der Gewalt fügen werden.

**Die Zustände auf der öffentlichen Tribüne der Zweiten Kammer** sollen nach Berichten von Vertretern der Presse zur Zeit derartige sein, wie sie kaum in einem anderen Parlamente anzutreffen sind. Die Reden der Genossen werden mit Beifall begleitet, die Reden aus den bürgerlichen Parteien und insbesondere auch von der Ministerbank werden mit lautem Widerspruch auf der Tribüne aufgenommen. Kürzlich soll eine Aeußerung des Herrn Ministers Grafen Bixthum von der Tribüne aus laut zurückgewiesen worden sein. Dabei werden die Ansichten über die im Hause gehaltenen Reden auf der Tribüne oft so heftig ausgetauscht, daß die Vertreter der Presse, die auf der Nachtribüne sitzen, hierdurch in der richtigen Aufnahme ihrer Berichte schwer beeinträchtigt werden. Die Verhandlungen erwecken oftmals den Anschein, als sei man in einer Volksversammlung, und man begreift nicht, wie der Präsident diese Vorgänge entweder nicht sehen oder nicht hören will. Es scheint fast, als ob er sich der Macht der Tribüne nicht gewachsen fühle. Wäre letzteres der Fall, so würde dies allerdings im Interesse unseres sächsischen Landtages außerordentlich zu bedauern sein. Diese Mitteilungen kommen, wie gesagt, nicht aus den Reihen einer der bürgerlichen Parteien, sondern von der Presstribüne. Will also Herr Dr. Vogel das Ansehen der Kammer und sein eigenes Interesse nicht länger gefährden, so muß er endlich andere Maßnahmen ergreifen.

**Wechsel in der Chemnitzer Amtshauptmannschaft?** Gerüchteleise verlautet in Chemnitz, daß der seit Anfang Juli 1904 dafelbst amtierende Herr Amtshauptmann Dr. Morgenstern demnächst seinen Posten verlassen und nach Dresden berufen werden solle. Bestimmtes ist zur Zeit noch nicht darüber bekannt.

**Kommunales aus Zwickau.** Das städtische Gaswerk zu Zwickau hat im letzten Jahre 345 878 M Reingewinn gemacht, einschließlich 61 542 M Rückzahlung für das Gas zur Straßenbeleuchtung. — Die dortige Sparkasse verfügte für 1909 über einen Reingewinn von 275 300 M, 14 000 M mehr als im Vorjahre.

**Eine Reichsgründungsfeier** hielt der Deutsche Reformverein in Leipzig am gestrigen Sonntage in den Festsälen des „Hotels de Bologne“ ab. Der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Vennewitz, begrüßte die Festteilnehmer,

zu denen Vertreter der meisten Leipziger nationalen und wirtschaftlichen Vereinigungen gehörten, und erklärte, daß man, nachdem sich die Wogen der politischen Erregung über die letzte Landtagswahl geglättet haben, auch diesmal zur Feier zusammengetreten sei, um der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die alte, unabhängige, rein deutschvölkische Gesinnung und der gesunde vaterländische Geist noch lebendig sei. Mit dieser Ueberzeugung brachte der Vorsitzende dem Kaiser und dem König ein dreifaches Heil, dem die Vaterlandshymne folgte. Die Festrede hatte wiederum Oswald Zimmermann aus Dresden übernommen. Er betonte die Notwendigkeit, daß wir uns in langer Friedenszeit an solchen Tagen, wie der der Reichsgründungsfeier, immer aufs neue vergangener Großtaten erinnern müßten, damit wir aus der Vergangenheit Gewinn für die Gegenwart ziehen. Der Redner gedachte dann verschiedener Vorkommnisse, wie ganz unbedingt die Achtung des deutschen Namens draußen gelitten habe, und wandte sich gegen Parteiwirtschaft, nationale Phrase, einseitiges Fraktionsinteresse, sowie gegen die Steuerlosigkeit des Reichsschiffes. Der Waffenschuß sei unerlässlich, und nur auf dem nationalen Boden gemeinsamer Politik können wir Errungenes festhalten und weiterkommen. An die patriotische Erinnerungsfeier reihte sich eine Gabenverlosung und ein Ball.

**Die Ortsgruppe Oberlausitz des Verbandes sächsischer Industrieller** hielt am 11. Januar unter dem Vorhabe des Herrn Fabrikbesizers Otto Moras, in Fa. Wagner & Moras in Zittau, ihre 3. Generalversammlung ab, in welcher zunächst Vorstandswahlen vorgenommen wurden. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Alsdann hielt Herr Dr. März von der Geschäftsführung des Verbandes sächsischer Industrieller einen Vortrag über „Wirtschaftliche Zeitfragen“. Der Redner ging zunächst auf die gegenwärtig schwebenden Fragen auf wirtschaftlichem, handelspolitischem und sozialpolitischem Gebiete ein und berührte eingehend das Verhältnis der wirtschaftlichen Verbände zum Sanitätsbunde. Zur Frage des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages trat die Ortsgruppe der vom Gesamtverband des Verbandes bereits in seiner Sitzung vom 24. November v. J. zum Ausdruck gebrachten Anschauung bei, daß der Vertrag namentlich die Interessen der sächsisch-thüringischen Exportindustrie schädige, und daß man schon vom Reichstage Ablehnung des Vertrages erwarte. Weiter begrüßte die Ortsgruppenversammlung die ablehnende Haltung der sächsischen Regierung in der Frage der Schiffsabgaben und regte zugleich an, die Frage des Epiphaniastages, dessen Abschaffung bezw. Verlegung von der Zweiten Kammer bereits beschloffen ist, bei der Regierung auf das nachdrücklichste weiter zu verfolgen. An zweiter Stelle sprach Herr Dr. Prange-Berlin über die Reformversicherungsbank. Nach eingehender Diskussion über dieses Projekt sprach sich die Ortsgruppenversammlung einstimmig für dessen Unterstützung aus. Zum Schluß überbrachte Herr Dr. März die Einladung des Gesamtverbandes zu der am 15. und 16. Februar d. J. in Dresden stattfindenden Generalversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller.

\* \* \*

**Ueber die Angelegenheit Hafz** veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine halbamtliche Darstellung. Herr Hafz hat in Eingaben an das auswärtige Amt die diplomatischen Vertreter des Reiches in Venezuela usw. schwer beschuldigt und zuletzt auch das Amt grüßlich beleidigt. Er erlob gegen dieses die Beschuldigungen der Rechtsbeugung, pflichtwidrigen Verhaltens, Justizmordes, bewußt straffälliger Handlungen usw. Die Schmähungen gipfeln in den Worten: „Entweder Sie oder ich gehören nach Moabit.“ Es ist darauf ein ärztliches Gutachten eingefordert worden. Das Gutachten kam zu dem Ergebnisse: „Typischer Duellant und gemein gefährlich.“ Dieses Gutachten schloß zunächst naturgemäß für das auswärtige Amt jedes weitere Verhandeln mit Herrn Hafz aus. Aus alledem ergibt sich, daß der gegen das auswärtige Amt geschleuderte Vorwurf der gewaltsamen Mundtotmachung eines unbequemen Mannes ganz und gar grundlos ist.

**Die Budgetkommission in der Diamantenregie.** Die Budgetkommission des Reichstags besuchte am Sonnabend vormittag die Diamantenregie des deutsch-südwestafrikanischen Schutzgebietes. Die Regie befindet sich in Berlin in dem Geschäftspalast Behrenstraße 7, wo sie eine fluchtlos eingerichtete Räume inne hat. Den Herren von der Budgetkommission hatten sich viele andere Mitglieder des Reichstages angeschlossen, u. a. der Vizepräsident Dr. Spahn. Von der Kolonialverwaltung war Staatssekretär Dernburg mit mehreren Räten seines Amtes erschienen; auch Mitglieder des Bundesrats waren gekommen, so der Vertreter der hanseatischen Städte, Klügmann. Die Herren wur-